

politischen Organe für derartige Dinge nicht verantwortlich seien! Ein anderer Abgeordneter nahm keinen Anstand, dies das Civil-Königgruß der Verwaltung zu nennen. Was doch erst am 23. Nov. ein Protocoll über die fehlenden Deklamationen im Ringtheater aufgenommen; aber nicht dem Director Jauner als Pächter, sondern dem Stadterweiterungs-fonds als Hausherrn zugestellt worden. Chef dieses Fonds, der das Theater übernehmen mußte, weil die getraute Actiengesellschaft den Grund und Boden nicht zahlen konnte, ist der Minister des Innern. Graf Laaffe aber behauptet, der Hauseigentümer habe für gar nichts einzustehen, wenn in seinem Hause ein Theater concessionirt werde. Das Ende vom Liede ist, daß jenes Protocoll erst am 9. Dec., also einen Tag nach dem Unglücke, nicht etwa in Jauners Hände, nein, nur zum Polizeipräsidium hinablangte. Zunächst also muß dieser Wirrwarr der Competenzen und Verantwortlichkeiten beseitigt werden. Allerdings wäre dazu eine scharfe administrative Action und Organisation notwendig, die ihre Schwierigkeiten haben dürfte in einem Staate und in einer Zeit, wo man ewig alle Hände mit staatsrechtlichen und concessionsrechtlichen Differenzen voll zu thun hat. Sodann muß die Polizei aufhören, in erster Linie für Paraden, Aufzüge, politische Quisquilien und allerlei Alotria gedrillt zu werden: sie muß wissen, daß sie vor Allem im Dienste des Publikums und seiner Sicherheit steht. Bisher aber war es für einen Wachtmann weit gefährlicher, wenn er auf der Bühne ein ex tempore überhört oder ein Blatt nicht schnell genug confisziert, als wenn er bei der Verfolgung von Dieben und Räubern kein Glück hätte. Die offiziellen Theaterfreisitzer erhielten Beamte nicht der Sicherheits- sondern meistens der Preßpolizei, die dann die Ohren spitzten, ob auch kein Couplet über Kuchelbad gesungen würde!

In der italienischen Deputirtenkammer nahmen dieser Tage sowohl der Minister des Auswärtigen, Mancini, als auch verschiedene Deputirte gelegentlich des Wiener Brandunglücks Anlaß, Oesterreich das Mitgefühl der italienischen Nation auszudrücken. König Humbert und Königin Margaretha überreichten dem Wiener Hilfscomité 8000 Francs in Gold für die Hinterbliebenen der Verunglückten. — Im Anfang der Woche empfing der Papst die anlässlich der Canonisation nach Rom gekommenen Erzbischöfe und Bischöfe. Auf die ihm überreichte Adresse antwortete er u. A.: Mit ebensoviel Unverstand wie Kühnheit würden die Wohlthaten verkannt, die der heilige Stuhl Allen erweise. Italien möchte doch endlich einsehen, daß Dasjenige, was es für die Freiheit und für die Rechte des Papstes thun würde, nicht zur Gefährdung, sondern zum Wohle Italiens ausfallen würde. Die Christen müssen wir uns aber nicht desto weniger dem Wohle Aller, gleichviel ob Freund oder Feind, widmen und sie desto mehr lieben, je mehr sie Feinde sind. Hoffen wir, daß die neuen Heiligen der Kirche und ihrem Oberhaupt inmitten des gegenwärtigen Umsturzes zu Hilfe kommen. Schließlich ertheilte der Papst allen Anwesenden den Segen. Es waren dies 144 Bischöfe und Erzbischöfe, darunter 120 italienische. Die Mäßigung des Papstes kommt um so unerwarteter, als von Kabilalen und Dissidien in Italien mit großer Bestimmtheit eine Verfluchung seitens des Papstes in Aussicht gestellt wurde.

Der französische Senat hat die für die tunesische Expedition geforderten Gelder einstimmig bewilligt — es ist dies ein Sieg Gambetta's, der selbst für die Regierung unerwartet kam. Denn nach dem bisherigen gespannten Verhältnisse, das in vielen Fragen zwischen Gambetta und dem größten Theile des Senats bestand, war ein solcher Erfolg kaum zu erwarten. Inbessenen die ungewöhnliche Liebeshörigkeit, welche der Ministerpräsident in seinen letzten Senatreden gegen diese hohe Körperschaft entwickelte, scheint die widerstrebenden Elemente der Rechten, wenigstens in der tunesischen Frage umgestimmt zu haben. Der Freude über diese Erregungenschaft ist jedoch durch die sensationelle Proceßverhandlung gegen Rochefort sehr bald ein Dämpfer aufgesetzt worden. Noch vor wenig Tagen berichtete man über den Gang der Verhandlung aus Paris: die leichtfertigen Beschuldigungen Rocheforts gegen die französische Regierung und deren Vertreter sind durch die ernststen und in jedem Betracht glaubwürdigen Aussagen der früheren und gegenwärtigen Beamten des auswärtigen Ministeriums als völlig grundlos erwiesen worden, und eine überaus klägliche Rolle spielten die Zeugen, auf deren unbestimmte Denunziationen hin Rochefort seine Anklagen erhoben hatte. Bekanntlich hatte Gambetta alle Beamten seines Departements, welche

in diesem Proceß als Zeugen vorgeladen waren, von der Bewahrung des Amtsgeheimnisses entbunden und seinen Kollegen von den Finanzen veranlaßt, dasselbe für die Beamten seines Ressorts zu thun. So sollte sich diese Proceßverhandlung zu einem interessanten Epiloge zu der tunesischen Debatte gestalten, aus welcher bereits das Ansehen der gegenwärtigen Regierung Frankreichs neu gestärkt hervorgegangen war. Aber das Gegentheil trat ein! Rochefort wurde vom Gerichtshof freigesprochen und Roustan — der Vertreter der Regierung — verurtheilt, wenn auch nur in die Kosten des Verfahrens. Ein solcher Richterspruch muß für die Regierung, welche den Proceß mit so vieler Ostentation in Scene gesetzt, vernichtender sein, als zehn Niederlagen im Parlament. — Aus Tunis kommen übrigens jetzt wieder interessantere Nachrichten. General Borgemol hat sich nach seinem großen Zuge durch ganz Süd-Tunesien in diesen Tagen mit dem General Saussier in Tebessa vereinigt. Ueberall hatten auf diesem Zuge die Bevölkerung mit Ausnahme des Stammes der Hammama ihre freundlichen Gefinnungen bekundet; doch glaubt man, daß auch die Hammama sich bald unterwerfen werden.

Die englische Presse ließ sich durch das vage Gerücht sehr in Aufregung setzen, Deutschland beabsichtige die Insel Helgoland zu erwerben. Eine Masse Proteste erschienen deshalb in den dortigen Zeitungen. Alle diese Kundgebungen waren unnötig, denn es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß die deutsche Regierung sich nicht im Entferntesten mit dem Gedanken an eine Erwerbung Helgolands trägt. — In Irland wollen sich die Verhältnisse noch immer nicht bessern. Man meidet dort die gewaltsame Revolution, setzt aber allerhand Dinge in Scene, welche den Grundbesitzern Furcht und Schrecken einjagen sollen. So haben die 500 Pächter des Herzogs von Devonshire 20 Procent Pächtermäßigung verlangt und als der Herzog diese ihnen verweigerte, wollen die Pächter auch keine Pacht zahlen, so daß der Herzog genöthigt ist, seine 500 Pächter pfländen oder von Haus und Hof treiben zu lassen, wobei es ohne Zweifel zu den entsetzlichsten Ruhestörungen und Sachbeschädigungen kommen wird. Inbessenen scheinen die Irländer sich mit dieser Art Revolution auf die Dauer nicht begnügen zu wollen, denn in Dublin und anderen größeren irischen Städten haben die Behörden die Entdeckung gemacht, daß zahlreiche Männer sich des Nachts in allerlei Waffenhandwerk üben. Herrn Gladstone's irische Landbill ist daher offenbar ein ganz ungenügendes Pflaster für die in Irland klaffenden Wunden, wo es neben mehreren hundert Großgrundbesitzern von fabelhaftem Reichthum zehn Tausend bedrängte Pächter und einige Millionen armer Teufel giebt, gegen welche der ärmste deutsche Gebirgsbewohner noch besser daran ist.

Rußland steht wieder einmal vor einem großen Nihilisten-Proceß. Im Januar finden die Verhandlungen gegen den Nihilisten Trigonis statt, welcher beschuldigt ist, der eigentliche Urheber des Attentats gegen den ermordeten Kaiser Alexander II. zu sein. Beseitigt wird die nihilistische Verschwörung durch diese ewigen Proceße freilich nicht.

Berlin, 19. December. Die officiöse „Nordb. Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Abendausgabe an erster Stelle: „Die Rückwirkung der Thatsache, daß der Reichstag sich nicht auf der Höhe seines Berufs bewegt, daß seine Verhandlungen nach Inhalt und Form im Vergleich mit denen seiner Vorgänger einen politischen und sozialen Rückschritt der Vertretung des Deutschen Reichs anzeigen, macht sich im Auslande früher und stärker als in Deutschland fühlbar. Im Auslande legt man dem politischen Gebahren der Volksvertretung ein stärkeres Gewicht bei, als im Inlande; ob mit Recht oder mit Unrecht, das wird sich erst in der Zukunft entscheiden. Unverkennbar aber macht schon das Ergebniß der Wahlen dem Auslande den Eindruck eines Symptoms von Schwäche und Krankheit des Deutschen Reichs. Es wurde deshalb bei unsern Gegnern mit schadenfroher Genugthuung begrüßt und minderte bei den Freunden des Friedens in Europa das Vertrauen, mit welchem sie in der deutschen Macht die sicherste Bürgschaft desselben sehen. Dieser Eindruck, den schon die Wahlen machten, ist im Westen wie im Osten des Reichs vertieft und verstärkt worden durch den Eindruck der Zerfahrenheit der Parteien auf allen positiven Gebieten und in Einigkeit nur in der Opposition gegen die Reichsregierung. Man braucht kaum den diplomatischen Kreisen anzugehören, um in Paris wie in Petersburg, in London wie in Wien den Eindruck zu bekommen, daß das Vertrauen auf die Festigkeit des neuen Reichs, der Glaube an

die Möglichkeit, daß die deutsche Nation ein Menschenalter hindurch einig bleibe, sich in rückläufiger Bewegung befindet. Mit diesem Glauben aber schwindet der Nimbus, mit dem eine zehnjährige Geschichte das neue Reich umgeben hatte, und mit dem Nimbus schwindet der Respekt, welcher die Gegner Deutschlands im Zaume hielt, und die Sicherheit, mit welcher unsere Freunde auf die Anlehnung an einen dauerhaft festen und starken Körper rechneten. Wir theilen die Besorgnisse des Auslandes nicht, weil unser Blick an den Dunst und Dampf gewöhnt ist, welchen die Atmosphäre der parlamentarischen Tribüne und der petitiischen Presse in Deutschland erfüllt. Im Auslande aber nimmt man die deutschen Parlamentsredner ernsthafter und hält es nicht für unmöglich, daß ein so berühmter physiologischer Professor, wie Herr Birchow, seine „Schuße“ und seine „guten Revolutionäre“ mobilisirt und mit seinen gelehrten und ungelehrten Gehäusen Deutschland einem der Bürgerkriege entgegenführt, wie jedes Jahrhundert unserer Geschichte sie mehrfach kennt, und wie sie mit der Auflösung des Reichs in seine Bestandtheile unter Mitwirkung auswärtiger Mächte gleichbedeutend sein würden. Als die deutschen Fürsten den Bundesvertrag unterschrieben, waren sie bereit, sich der Führung des Königs von Preußen als Deutschen Kaisers anzuvertrauen; schwerlich aber hat es in ihrer Absicht gelegen, sich und die Bundesregierungen den wechselnden und zufälligen Mehrheiten eines Reichstages zu unterstellen, wie der heurige sich in den bisherigen 3 Wochen seines Bestehens getrennt hat. Unter der Oberherrschaft einer solchen Versammlung würde jede Aussicht auf Stabilität und Sicherheit schwinden. Die deutschen Professoren und Kleinstädter haben in ihrer Nichtachtung der Realitäten und namentlich der monarchischen und dynastischen Realitäten in Deutschland die Nation schon einmal in der Paulskirche um die Möglichkeit gebracht, ihre Einheitsbestrebungen zu verwirklichen. Die Nation wird nicht zugeben wollen, daß heut, nachdem die Einheit des Vaterlandes nicht durch die Redner und die Zeitungsschreiber, sondern durch die deutschen Heere auf den Schlachtfeldern gewonnen ist, dieselbe wiederum durch die Unfähigkeit parlamentarischer Versammlungen und durch die Excesse ehrgeiziger Parteiführer geschädigt wird.“

Aus Essen wird unterm 18. December gemeldet: Die „Essener Zeitung“ veröffentlicht folgende an Carl Vuez in Oberhausen, Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, gerichtete Antwort des Reichscanzlers auf das Danktelegramm des am 11. December in Düsseldorf versammelt gewesenen Vereins: „Berlin, 16. December 1881. Die Zustimmung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute zur Wirthschaftspolitik der Regierung hat mich um so mehr erfreut, als dieselbe von einer für die Beurtheilung dieser Politik besonders zuständigen Seite ausgeht. Ich hoffe mit Ihnen auf nachhaltig bessere Zeiten für die Werke und die Arbeiter.“

Der Landtag des Großherzogthum Sachsen-Weimar nahm am 19. Dec. den Vertrag betreffs des Verlaufs der thüringischen Eisenbahn an Preußen mit 29 gegen 2 Stimmen an.

Wie wir schon mitgetheilt haben, ist bei der Nachwahl im Mainzener Wahlbezirk der fortschrittliche Candidat Philipp gegen den Socialdemokraten Bebel gewählt worden. Durch diese Entscheidung wird nunmehr Bebel ohne Reichstagsmandat bleiben. Bemerkenswerth ist ferner die in Delz in Schlesien erfolgte Wahl des Abg. von Kardorff; die Schutzpartei hat damit einen ihrer besten Vertreter im Reichstage wieder gewonnen.

Der Kaiser ist am 18. December Morgens von Gödöllö in Wien eingetroffen.

#### Sachsen.

Bischofswerda, 19. Dec. Die Antwort des von Herrn Dr. Förster verfaßten und in der Versammlung am 10. d. an den Reichscanzler abgegangenen Telegramms lautet: „Euer Wohlgeboren und den treuen Bewohnern von Bischofswerda und Umgebend danke ich für das freundliche Telegramm vom 10. d. M. Sie wollen sich überzeugen lassen, daß ich auf dem für richtig erkannten und bisher thatsächlich bewährten Wege fortarbeiten werde, soweit meine Kräfte reichen. Ich zweifle nicht, daß das erstrebte Ziel erreicht werden wird, wenn die nationalen und monarchischen Elemente es einmüthig verfolgen. v. Bischof.“

Δ Bischofswerda, 20. Dec. Bei der letzten Sitzung des land- und forstwirtschaftlichen Vereins hier wurde der langjährige Vorsitzende Herr Landtagsabgeordneter u. Pächter zu Belmsdorf wiedergewählt und zu seinem Stellvertreter Herr Rittergutsbesitzer Schmaß auf Schmölla. Auch der lang-